



# Gütersloher Beiträge zur Heimat- und Landeskunde

Dezember 1991 – Nr. 32/33

Vergangenheit und Gegenwart in Wort und Bild

## Aus dem Inhalt:

„Was Gutes aus der Presse Mund . . .“. Presse und Zeitungen  
in Gütersloh 1833 bis 1890 – „Die Übergangszeit ist nichts für uns“. Artur Mahraun  
und sein Wirken bis 1946 – Brauchtum, Denkmäler, Plattdeutsch und Museen –  
Mahrauns Lebensgeschichte, von einem Pastor erzählt –  
Alltag des Nationalsozialismus in Ostwestfalen-Lippe –  
Vor 175 Jahren: „Unter Pickelhaube und Zylinder“ – „Gewichtiger“ Begleiter  
auf Lehrpfaden durch Bielefeld – „Soziale Revolution“ in Bünde fand nicht statt –  
Personenstandsgeschichtliche Quellen – Es geschah in der Stadt Gütersloh



Heinrich Bertelsmann (1827 – 1887)



Artur Mahraun (1890 – 1950)



Das Propsteigebäude des ehemaligen Prémonstratenserklösters Clarholz

# KREIS GÜTERSLOH

## Ein Streifzug durch die Geschichte

dieses jungen Kreises zwischen Teutoburger Wald und Ems,  
zwischen Münsterland und Senne,  
führt vorbei an steinernen Zeugen der Vergangenheit:

- Propstei Clarholz
- Nepomuk-Kapelle Rietberg
- Burgruine Ravensberg
- Wasserschloß Tatenhausen
- Klosterkirche Marienfeld
- Fürstenschloß Rheda
- Burgmannshof Haus Ausseil
- Jagdschloß in der Holte
- Kloster Herzebrock

**Ein freundliches Stück Westfalen am Teutoburger Wald**

## „Was Gutes aus der Presse Mund . . .“<sup>(1)</sup>

### Presse und Zeitungen in Gütersloh 1833 – 1890

von Stephan Grimm

Der in zwei Teile gegliederte Beitrag zur Gütersloher Zeitungsgeschichte beruht im wesentlichen auf einer Veranstaltung der Volkshochschule Gütersloh, in der an 3 Abenden Entstehung und Entwicklung der Gütersloher Lokalzeitungen vorgestellt und an ausgewählten Beispielen verdeutlicht wurden (2).

Im Rahmen der Erforschung und Darstellung der Stadtgeschichte kommt der Geschichte der „Gütersloher Zeitung“ eine besondere Bedeutung zu. Daher soll im folgenden, vor dem Hintergrund der jeweiligen Zeit, den Motiven für die Gründung, den inhaltlichen und äußeren Veränderungen der Blätter nachgegangen werden.

In einer der nächsten Ausgaben der „Gütersloher Beiträge“ wird dann die Entwicklung bis zur Gegenwart dargestellt werden.

#### Carl Bertelsmann: Die ersten „Anzeiger“

Mehr als 200 Jahre seit Erscheinen der ersten in Deutschland gedruckten Wochenblätter, gab der Buchdrucker Carl Bertelsmann (1791 – 1850) am 6. Juli 1833 die erste Ausgabe des von ihm selbst verfaßten „Öffentlichen Anzeigers für den Kreis Wiedenbrück“ als Wochenblatt heraus (3). Es war das erste Presseerzeugnis überhaupt, das in Gütersloh erschien und für Leser der näheren Umgebung, der „Heimath“, wie es Carl Bertelsmann selbst formulierte, gedacht war.


Im gleichen Jahre benutzten übrigens Karl Friedrich Gauß und Wilhelm Eduard Weber in Göttingen als erste den Elektromagnetismus für die Fernverständigung, deren erste brauchbare Apparate seit 1837 in London gebaut wurden.

Im westfälischen Raum gab es bereits seit dem Jahre 1701 die „Lippstädter Zeitung“,

in Bielefeld erschien ab Januar 1809 das „Journal der Districte Minden, Bielefeld und Rinteln“, ab April 1811 unter dem Titel „Öffentliche Anzeigen des Distriktes Bielefeld und der Grafschaft Ravensberg“, ein Vorläufer der „Neuen Westfälischen“ (4).

Die Absicht Bertelsmanns war es, sein Blatt aus Parteienkampf und Glaubensstreitigkeiten herauszuhalten. Sein in Gedichtform verfaßtes Programm (Abb. 1), das in der ersten Ausgabe veröffentlicht wurde, macht dieses deutlich. Vor dem Hintergrund der Loslösung Belgiens von den Niederlanden 1830, und dem Wiedererwachen der Ideen von 1789, so geschehen in den Massenkundgebungen für den Liberalismus beim „Hambacher Fest“ vom Mai 1832, muß die Herausgabe eines vollkommen unpolitischen Blattes den Gedanken nahelegen, daß Bertelsmann die infolge der Karlsbader Beschlüsse vom August 1819 bestehende Zensur für politische Zeitungen umgehen wollte. In geistlichen Angelegenheiten, genannt sei hier der Kölner Bischofsstreit zwischen Staat und Kirche in bezug auf die Erziehung von Kindern aus konfessionellen Mischehen, galt für Bertelsmann eine ähnliche Maxime: „Auch in des Glaubenskampfes bewegten Gründen, mag nimmer sich ihr Wort geschäftigt finden“ (5).

Durch die Bekanntgabe amtlicher Erlasse („Gesindeordnung“, „Anleitung zur Behandlung des Holzsaamens“, „Salzverbrauchs-Controlle“) und gewerblicher Mitteilungen die Fürsorge der Behörden und den Nutzen gewerblicher Tätigkeit für das Wohl des Bürgers betreffend („Bessere Talglichte“, „Holz vor Fäulnis zu sichern“, „Dinte zum Zeichnen der Wäsche“, „empfohlene Mittel gegen das Aufblähen des Rindviehes und der Schafe“) wollte Carl Bertelsmann das Vertrauen in die Regierung fördern und dadurch Ruhe und



# Öffentlicher Anzeiger

für den Kreis Wiedenbrück.

Gütersloh am 6<sup>ten</sup> July 1833.

an den Leser.

Wenn auf der Feind der Schwarm hingewendet,  
 daß irgend Landvolk Stammes und Herkunft, -  
 Wenn das, was uns Natur und Kunst gesendet,  
 das unsere Sinne auffam hat erleuchtet  
 Dann laßt man gerne, was der Stieren Tugent,  
 was die Gemachte Leben Kunst versteht,  
 Was die das Landvolk Werk im Ganzen leugert,  
 und am Gesetz uns Rath fürsetzen jagen.

Was hat es denn, im sorglosen Eustubben,  
 was Güter uns der Feinde Mühe nachlaß,  
 und was uns Werk und Schöpfung uns zu geben,  
 und was uns zu der Feindung uns der Mühe,  
 daß die das Werk zu jenen Werk begreifen  
 und ganz dem Nachsten und Gemeinen nicht  
 Willkommen, Laßt uns was solche Tugent,  
 von Tugent die als nichtig ist bezeichnen.

Titelseite der ersten Nummer mit den ersten beiden Strophen

Frieden stiften. Durch die Möglichkeit der Veröffentlichung von Privatbekanntmachungen erhoffte er sich zudem Einnahmen und nicht zuletzt auch eine Stärkung der Heimatverbundenheit der Einwohner des Kreises. Ergänzt durch erbauliche Gedichte und Erzählungen stellte der „Anzeiger“ eine Mischung aus Amtsblatt und „Daheim“ (6) dar, der jeden Sonntag erschien und für einen Preis von 7 Silbergroschen und 6 Pfennigen je Halbjahr möglichst viele Leser und Abonnenten gewinnen sollte.

Trotz der günstigen „Einrückungsgebühr“ für private Bekanntmachungen von 1 Silbergroschen und 8 Pfennigen je Zeile (7) und einer namentlichen Erwähnung aller Abonnenten kam die erforderliche Zahl von Abnehmern nicht zusammen. Bereits nach einem halben Jahr erschien mit der 26. Nummer am 28. Dezember 1833 zugleich die letzte Ausgabe (8).

Gründe für die Einstellung des Blattes gibt Bertelsmann nicht an, doch ist anzunehmen, daß der Aufwand – alle Texte sind eigenhändig geschrieben, gesetzt und im Stein-druckverfahren hergestellt – im Vergleich zur Auflagenhöhe und des geringen Abonnenteninteresses zu hoch waren.

In Verl waren es zum Beispiel 9, in Harsewinkel 1, in Marienfeld 4, in Liemke 2, in St. Vit 2, in Lintel 1, in Friedrichsdorf 7, in der Bauerschaft Avenwedde 8, in Rietberg 20, in Langenberg 1, in Rheda 32, in der Kreisstadt Wiedenbrück 42, im Bereich der Stadt Gütersloh 51 (Abb. 2) und in der Landgemeinde Gütersloh 16 Abonnenten. Insgesamt kam der „Anzeiger“ auf 265 Abonnenten (9).

Wenn Bertelsmann auch sein Ziel nicht erreicht hat, ein Mitteilungs- und Unterhaltungsblatt ohne politische Ambitionen auf längere Zeit hin herauszugeben, setzte er dennoch seine Druck- und Verlagstätigkeit mit der Gründung eines eigenen Verlages am 1. Juli 1835 erfolgreich fort.

Der Gedanke, auf Kreisebene ein unpolitisches Blatt herauszugeben, wurde im Jahr

1841 durch den Buchdrucker Rehorst in Wiedenbrück wiederaufgenommen, der mit dem „Boten an der Ems – Anzeiger für die Städte Gütersloh, Rheda, Rietberg, Wiedenbrück und anliegende Gemeinden“ ein Wochenblatt (Abonnementpreis: 75 Pfennig vierteljährlich) gründete, das bis zur Übernahme durch den Verlag Holterdorf in Oelde im Jahre 1919 Bestand hatte und in der dort herausgegebenen Zeitung „Die Glocke“ (gegründet 1884) als „Wiedenbrücker Zeitung“ seine Fortsetzung gefunden hat.

Im Juli 1848 unternahm Carl Bertelsmann erneut einen Versuch, eine Zeitung in Gütersloh zu etablieren. Das Jahr der revolutionären Aufstände, in denen u. a. die Pressefreiheit erreicht wurde, mag nach dessen erfolgreichen Verlauf (Einberufung der Deutschen Nationalversammlung in Frankfurt am 18. Mai 1848, Eröffnung der preußischen Nationalversammlung in Berlin am 22. Mai 1848, Erscheinen der radikalen „Neuen Rheinischen Zeitung“ in Köln am 1. Juni 1848 unter der Leitung von Karl Marx und Friedrich Engels) für Bertelsmann der Anlaß gewesen sein, ein sogenanntes „Volksblatt“ herauszugeben, das entsprechend seiner eigenen christlich-konservativen Haltung „diejenigen Einwohner unseres Kreises, welche unserem teuren König und ihrer Religion zugetan sind, sich gegenseitig näher, zum gemeinsamen Handeln zu bringen“ (10).

Auch diesmal endete sein Blatt nach wenigen Ausgaben im Dezember 1848. Eine gewisse Fortsetzung erfolgte in den „Mitteilungen für die Gesamtgemeinde Gütersloh“, die nach 2 Ausgaben mit Berichten vom Bau der Eisenbahn und dem Plan zur Errichtung eines Gymnasiums ihr Erscheinen wieder einstellte (11).

### Heinrich Bertelsmann, der „Volksfreund“

Sein Sohn Heinrich (Abb. 3) setzte sich zum Ziel, doch eine politische Zeitung herauszu-



Inhalte der „Wochenzeitung“ waren: „Eine kurze, objektiv gehaltene politische Übersicht; Nachrichten und Mitteilungen aus unserer Gegend und der weiteren Umgebung, ältere und neuere Stadtgeschichte, umfassende Handels-, Markt- und Produktenberichte, Industrielles, Gewerbliches, Landwirtschaftliches, Unterhaltendes in guten, ansprechenden Erzählungen etc., amtliche und nichtamtliche Bekanntmachungen und Anzeigen.“ Ganz im Sinne seines Vaters ein Blatt ohne ausgesprochen parteipolitische Ambitionen, doch dem wirtschaftlichen Gedeihen und heimatverbundenen Sinn durchaus verpflichtet.

Mit dem Wegzug Hermann Eickhoffs, der zum 1. Oktober 1883 an das Gymnasium in Schleswig berufen wurde, ging der Zeitung die „wesentlichste Hülle“ verloren (18). In der 27. und gleichzeitig letzten Nummer gab Bertelsmann am 30. September 1883 die Einstellung der „Wochenzeitung“ bekannt und kündigte gleichzeitig ab 1. November 1883 das Erscheinen eines kleinformatigen Anzeigenblattes an, das jedoch nach kurzer Zeit wieder einging (19).

#### Louis Jander und H. Vormbäumen

Mit dem erstmaligen Erscheinen der „Gütersloher Zeitung“ am 1. April 1884 in der im gleichen Jahr gegründeten Druckerei Hermann Vormbäumen & Co. begegnen uns nun zwei neue Namen in Redaktion und Verlag.

Der aus Berlin stammende Buchdrucker Louis Jander lernte in Wuppertal den gebürtigen Gütersloher Hermann Vormbäumen (+ 1937 in Bünde) (Abb. 5) kennen, der nach Beendigung einer Schriftsetzerlehre bei Heinrich Bertelsmann in einer örtlichen Zeitungsdruckerei arbeitete.

Beide faßten den Plan, in Gütersloh, das im Jahr 1884 ca. 5200 Einwohner zählte, selbst eine Zeitung zu verlegen und zu drucken. Mit Unterstützung des Bürgermeisters Mangelsdorf gelang die Neugründung im Hinter-



Karl Strosser (1819–1896)

haus des Konditors Angenete in der Berliner Straße 26a (heute: Opitz, Abb. 6), wo mit Hilfe einer kleinen Schnellpresse, mit welcher jeweils 2 Zeitungsseiten auf einmal gedruckt werden konnten, Ende März 1884 die ersten Probenummern hergestellt werden konnten (20).

Im gleichen Jahr stellte der Bürgermeister die Weiterführung der städtischen Chronik ein, da die festzuhaltenden Ereignisse und Berichte von jetzt an in der Zeitung niedergelegt und bekannt gemacht werden sollten. Im nachhinein eine bedauerliche Entscheidung, da von den Ausgaben der „Gütersloher Zeitung“ aus den Jahren 1884–1889 nur noch ein Exemplar im Stadtarchiv vorhanden ist (Abb. 7).

Ab 1. April 1884 erschien die „Gütersloher Zeitung“ regelmäßig dreimal die Woche: am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, zu einem Preis von 1,50 DM vierteljährlich. Reklame kostete 25 Pfennig, eine einspaltige

„Garmondzeile“ (21) oder deren Raum 10 Pfennig, bei viermaliger Wiederholung gab es 25% Rabatt.

Aleiniger Redakteur war Jander, der auf der ersten Seite eine Übersicht der politischen Ereignisse gab, gefolgt von Nachrichten aus aller Welt und der Rubrik „Lokales und Provinzielles“, Sonderberichte, z.B. zur Feier des 100. Geburtstages des General-Feldmarschalls Graf Wrangel oder zur Entstehung des Ortes Gütersloh, Fortsetzungsgeschichten, amtliche Mitteilungen und Privatanzeigen ergänzten den Inhalt der vierteiligen Ausgabe. Zum Wochenende erschien zusätzlich die Gratis-Beilage „Illustriertes Sonntagsblatt“ (22).

Bereits 1887 verläßt Vormbäumen Gütersloh und errichtete in Bünde/Westf. eine eigene Druckerei mit Zeitungsverlag. Jander führte die Zeitung fortan allein weiter. Auf wirtschaftlich nicht allzu festen Füßen stehend geriet er jetzt auch zunehmend in die parteipolitischen Auseinandersetzungen, dazu sah er sich immer mehr der Einflußnahme des Bürgermeisters und wichtigsten Förderers auf die Wahrung und Verstärkung einer liberal-konservativen Grundhaltung des Blattes ausgesetzt.

Zu Beginn des Jahres 1890 löste Jander die Probleme auf seine Art: er gab die Redaktion der „GZ“ auf und zog mit seiner Familie nach Pirmasens. Erneut drohte das Aus einer Gütersloher Lokalzeitung; diesmal waren



Hermann Vormbäumen, erster Verleger der „Gütersloher Zeitung“

nicht nur finanzielle Gründe ausschlaggebend, sondern erstmals schienen politische Auseinandersetzungen und Machtbestrebungen den Informations-, Werbe- und Unterhaltungscharakter einer Gütersloher Lokalzeitung zu überlagern und gleichzeitig deren Ende herbeizuführen.



#### Anmerkungen

1. Zitat aus dem Einführungsgedicht „An den Leser“ in: „Öffentlicher Anzeiger“ Nr. 1 vom 6. Juli 1833
2. VHS-Veranstaltung „Gütersloher Zeitungsgeschichte“ im Stadtarchiv vom 15. – 29. April 1991, Leitung: Günter Beine und Stephan Grimm
3. Alle erschienenen Ausgaben im Stadtarchiv Gütersloh
4. Ausgaben im Stadtarchiv Bielefeld
5. vgl. Anm. 1
6. „Daheim – Ein deutsches Familienblatt mit Illustrationen“, Hrsg. von Dr. Robert Koenig und Theodor Hermann Pantentius. Verlag Veitagen & Klasing in Leipzig und Bielefeld. Erschien als Wochenblatt seit 1865
7. Zum Vergleich: im Oktober 1833 kosteten ca. 430 Gramm Semmel 1 Silbergroschen (= 360 Pfennige), 1 Scheffel (= 104,96 Liter) Weizen kostete im September 1833 1 Reichstaler (= 30 Silbergroschen), 15 Silbergroschen, 1 Flasche Wein „1827er Niersteiner“ 11 Silbergroschen
8. vgl. Dr. Hans Richter: Die älteste Zeitung in Gütersloh; in: „Gütersloher Zeitung“ vom 15. Dezember 1925
9. „Öffentlicher Anzeiger“ Nr. 3 vom 20. Juli 1833
10. vgl. „Die Gütersloher Zeitungsgeschichte wurde von Carl Bertelsmann begonnen“; in: „Die Glocke“ vom 24. Oktober 1967
11. ebd.
12. Karl Strosser, seit 1851 Amtmann in Voitho, 1855 – 1867 Bürgermeister in Herford, Mitbegrü-

- der und Führer der konservativen Partei in Minden-Ravensberg, Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses 1866 – 1873 und 1879 – 1885; 1861 Mitbegründer des Preußischen Volksvereins in Berlin; 1863 besuchte der preußische Kriegsminister Graf von Roon auf seine Einladung hin die Stadt Herford; ab 1867 Strafenstadtdirektor, 1872 Versetzung nach Münster
13. vgl. Dirk Bavendamm, Bertelsmann, Mohn, Seppel: Drei Familien – ein Unternehmen. C. Bertelsmann Verlag, München 1986; S. 45
14. Erich Hoener: Die Geschichte der christlich-konservativen Partei in Minden-Ravensberg von 1866 – 1896. Bielefeld, 1923; S. 16 ff.
15. Ernst Ruhe: Seit 75 Jahren im Dienste unserer Heimat – vom Werden der „Gütersloher Zeitung“ im Auf und Ab der Zeiten; in: „Gütersloher Zeitung“ Nr. 90 vom 18. April 1959, Sonderbeilage „75 Jahre Gütersloher Zeitung“
16. vgl. Anm. 10
17. „Gütersloher Wochenzeitung“ Nr. 10 vom 3. Juni 1883
18. vgl. Anm. 10
19. ebd.
20. W. Jüngling: Güterslohs erste Tageszeitung kam aus der Konditorei von Angerete; in: „Neue Westfälische“ Nr. 222 vom 25. September 1981
21. Schriftgrad, benannt nach dem französischen Stempelschneider und Schriftgelehrer Claude Garamond (1490 – 1561)
22. „Gütersloher Zeitung“ Nr. 15 vom 19. April 1884

## „Die Übergangszeit ist nichts für uns“ Artur Mahraun und sein Wirken bis 1946

von Peter Steinbach

Der Jungdeutsche Orden beging im März 1991 mit einer Festveranstaltung in der Stadthalle Gütersloh den 100. Geburtstag seines Gründers und Hochmeisters Artur Mahraun. Den Festvortrag hielt Professor Dr. Peter Steinbach, der als Politologe die Motive im Handeln der Jungdeutschen untersuchte. Er stützte sich auf Forschungsarbeiten zur Berliner Widerstands-Ausstellung und stellte die Oppositionshaltung Mahrauns in der NS-Diktatur heraus. Die „Gütersloher Beiträge“ drucken den Vortrag mit Genehmigung des Autors ab und erinnern so an Artur Mahraun, der 1950 in Gütersloh starb.

„Sei überzeugt, daß ich der Alte bleibe. Die Unbilden, die mich betroffen haben und die mich noch treffen werden, trage ich trotz der äußeren Erniedrigung mit Stolz im Innersten meines Herzens.“ Mit diesen Worten meldete sich am 5. August 1933 ein Strafgefangener aus der Haftanstalt Plötzensee, den man gemeinhin aufgrund seiner Herkunft, seiner Tätigkeit als Freikorpsmann und seiner Kritik am Parteienstaat nicht zu den geborenen Gegnern des nationalsozialistischen Staates und der Einparteienherrschaft Hitlers, die immer Führerherrschaft sein sollte, rechnen würde: Artur Mahraun. Ihn, der am 30. Dezember des vergangenen Jahres den 100. Geburtstag hatte, gilt es, heute zu ehren. Ich bin in einer Zeit aufgewachsen, die zunehmend weniger Verständnis für die Ziele, Aktivitäten und Wirkungen des Jungdeutschen Ordens aufbrachte und dabei auch das Gespür für die historische Bedeutung, ja mehr noch: Faktizität dieses Kreises verlor. Ich möchte aber dazu beitragen, das Wissen über den Jungdeutschen Orden wieder ein wenig zu verbreitern, ein Wissen, das sehr viel den wichtigen Arbeiten von Heinrich Wolf, Alexander Kessler und Robert Werner verdankt. Wissenschaftlich bedeutsam ist daneben die Studie von Klaus Hornung, die bereits 1958 erschien. Der Zugang zu Artur Mahraun kann nur über den Menschen in seiner Zeit gebahrt werden. Ihn aus dem Rückblick zu bewer-

ten, würde die Einzelpersönlichkeit zum Rädchen im Zeitgetriebe machen, könnte nur nach seiner Funktion in geschichtlichen Prozessen fragen. Dies ist gewiß legitim, aber kaum der angemessene Weg, sich im Gedenken an einen Menschen zu erinnern, den die Nationalsozialisten zu ihren Gegnern zählten, verfolgten, enteigneten, wehrlos machten und so seiner Würde beraubten. Für mich ist Mahraun ein wichtiger Regimegegner, der allein deshalb unseren Respekt verdient. Denn wir dürfen nicht das Geschäft der Nationalsozialisten fortsetzen, indem wir den Widerstand nach seinen Zielen scheiden und dann im Hinblick auf die Ordnung bewerten, in der wir leben. Ich möchte mich deshalb auf Vorarbeiten stützen, die auf die Darstellung des Jungdeutschen Ordens im Widerstand zurückgehen. Damit ist meine Perspektive vorgezeichnet. Sie resultiert aus der Überzeugung, daß jeder, der sich einem totalen Staat entgegengestellt hat, unseren Respekt verdient und unserer Erinnerung wert ist. Denn im Widerstand finden sich vielfältigste Motive, Ziele, Schicksale und Leidensgeschichten, die letztlich eines belegen: Daß es keiner Macht der Erde gestattet werden darf, aus politischen Zielen die Würde des Menschen zu verletzen, Vielfalt einzuschränken und Äußerungsformen und Entfaltungsmöglichkeiten des Bürgers einzuzengen. „Die Würde des Menschen ist unverletzlich“: Dies heißt für den Historiker auch,

die Würde des in der Vergangenheit lebenden Menschen zu respektieren, sich um sein Verständnis, seine Erfahrungen und Motive und auch um seine Ziele zu bemühen, sie aber nicht vorab zu bewerten und dadurch geradezu zwangsläufig einer selektiven Wahrnehmung auszusetzen.

Wer war Artur Mahraun? Ende Dezember 1890 in Kassel als Sohn eines Regierungsrates geboren, entscheidet er sich 1908 für die damals hochangesehene Offizierslaufbahn. Er wählte also nicht aus Kriegsbegeisterung diesen Beruf, sondern eher schon in seiner Übereinstimmung mit den Wertvorstellungen seiner eigenen Zeit, der er in einem Punkt sehr distanziert gegenübersteht: Artur Mahraun wird durch die Jugendbewegung geprägt, die damals Protestbewegung gegen die Behäbigkeit der bürgerlichen Welt war, gegen ihre Ziel- und Spannungslosigkeit. Entscheidend wurde für Mahraun nicht die militärische Ausbildung, der „bunte Rock“, das „klingende Spiel“, sondern der Krieg, das „Fronterlebnis“, die zentrale Erfahrung seiner Generation. Nach seiner Überzeugung wurde in der soldatischen Kameradschaft die alte Standesgrenze überwunden, und zugleich bezog sich auf diese Erfahrung des Krieges der weitergehende Anspruch der Frontgeneration, an der Neuordnung der Verhältnisse im Frieden beteiligt zu werden. Die Niederlage des Jahres 1918 empfindet Mahraun so nicht nur als Schock, sondern auch als das Ende einer Epoche. Sein Zukunftsziel wird durch den Gedanken bestimmt, den „Geist der Kameradschaft“, wie er sagte, „in eine bürgerliche Form“ zu bringen. In den heftigen Volkstumskämpfen im Osten Deutschlands macht sich die Beschäftigung mit dem Deutschen Orden immer mehr bemerkbar, die bereits die Rechtfertigung einer Germanisierungspolitik in den teilweise von polnisch sprechender Bevölkerung bewohnten östlichen Provinzen und Kreisen, aber auch die Begeisterung über den Sieg des deutschen Heeres bei Tannenberg geprägt hatte.

Der im Jahre 1920 gegründete Jungdeutsche Orden knüpfte bewußt in seiner Symbolik und auch in seiner Organisation an diese Tradition an und übernahm das Kreuz der Ordensritter als Verbandssymbol. Entstanden aus einem Freikorps und geprägt von der Tradition einer nationalen Jugendbewegung, steigt die Zahl der Mitglieder in bemerkenswertem Maße an. Unter der Leitung des publizistisch außerordentlich aktiven Hochmeisters Artur Mahraun hat der Jungdeutsche Orden in den 20er Jahren an die 200.000 Mitglieder. Bis 1933 sinkt diese Zahl aber auf etwa 40.000 Personen ab. In der Geschichte des Jungdeutschen Ordens spiegelt sich so die Entwicklung der Weimarer Republik. Besonders bemerkenswert ist in dieser Hinsicht aber vor allem ein kurzes, wichtiges parlamentarisches Zwischenspiel, das sich im Zusammenschluß mit der liberal-konservativen deutschen Staatspartei ausdrückt.

In seiner Entstehungszeit und in den frühen Jahren beteiligen sich die Jungdeutschen auf der Seite der rechten Kräfte an den Auseinandersetzungen im Reich. Dabei wirkt sich der Einfluß der Bundesführung aus, die überwiegend aus ehemaligen Offizieren besteht und Verbindung zu Freikorps im Reich hat. Zur Weimarer Republik entwickeln die Mitglieder des Jungdeutschen Ordens erst in deren letzter Phase ein positives Verhältnis, denn sie lehnen die politischen Ideale des Parlamentarismus, des Pluralismus, der westlichen liberalen Demokratien und damit den Parteistaat ab. Während des Ruhrkampfes beteiligen sie sich an den militärischen Auseinandersetzungen mit der französischen Besatzungsmacht. Bemerkenswert ist deshalb, daß die Ordensführung nach dem Münchener Hitlerputsch vom 9. November 1923 auf Distanz zu rechtsextremistischen und nationalistischen Bewegungen geht.

Mitte der 20er Jahre tritt eine entscheidende Wende der politischen Orientierung der Ordensführung ein – immer deutlicher rückt



Artur Mahraun (1890 – 1950)

das Ziel in den Vordergrund, mit Frankreich eine gemeinsame politische Grundlage zu finden und so die außenpolitischen Gegensätze, aber auch die gegenseitigen Vorbehalte der Kriegsgeneration beider Staaten zu mildern. Viele Ordensmitglieder sehen im deutschen Außenminister Gustav Stresemann den Vertreter einer selbstbewußten und dennoch auf Ausgleich bedachten Politik. Die innenpolitischen Ziele und Verfassungsvorstellungen orientieren sich weiterhin an den Ideen einer neuen „Volksgemeinschaft“, die den bürgerlichen Staat ebenso wie die Klassendiktatur überwinden soll. Diese Ziele werden mit anderen Gruppen geteilt, die nach einem „dritten Weg“ als Alternative zum Verfassungsstaat und zur autoritären Diktatur suchen.

Nach dem Ende der Zusammenarbeit von Jungdeutschem Orden und den Freikorps 1923 entfaltet Artur Mahraun eine breite publizistische Aktivität. Zeitschriften und Zeitungen sollen den Zusammenhalt der Ordensmitglieder festigen und seine Ideen verbreiten.

Seit Mitte der 20er Jahre distanziert sich Mahraun ganz entschieden von der politischen Rechten. Er engagiert sich im Flaggenstreit, der die Anhänger der schwarz-rot-goldenen Farben der Republik und die der schwarz-weiß-roten Flagge des untergegangenen Kaiserreiches tief entzweit. Die geheime Zusammenarbeit zwischen der Reichswehr und der Roten Armee lehnt Mahraun ab.

Am 18. Dezember 1927 verkündet Artur Mahraun vor 4000 Meistern das Jungdeutsche Manifest. Es soll Ordensgrundlage und Zukunftsprogramm sein; deshalb findet sich im Manifest auch ein politischer Forderungskatalog. Grundlagen des Selbstverständnisses sind Ständestaat und Volksgemeinschaft – die Grundregel (1. Ordina) soll den Übergang des „bündischen Menschen“ aus der „liberalen Ordnung ihrer Zeit in die Gemeinschaftsordnung der Zukunft“ ermöglichen. Der „Parteilismus“ gilt als Verrat an der „wah-

ren Demokratie des Volksstaates“. Dieser soll aus überschaubaren Gemeinschaften entstehen, die zugleich als Erzieher der einzelnen Mitglieder zur Brüderlichkeit wirken. Mit dem Jungdeutschen Manifest will Mahraun seinen Orden an den Diskussionen beteiligen, die zu dieser Zeit über Staatsgrundlagen und Verfassungsreformen geführt werden. Zugleich will sich der Jungdeutsche Orden in die politischen Auseinandersetzungen einschalten, die immer deutlicher von Kräften der politischen Rechten beeinflusst werden. Die Volksnationale Reichsvereinigung soll zu einer „großen Partei der nationalen Erneuerung“ wachsen. 1930 gegründet, bleibt sie jedoch bis zu ihrem Ende im Jahr 1932 immer eine bedeutungslose Splitterpartei. Ihr Reichstagsabgeordneter A. Abel, der den Kreis um Mahraun wenig später verläßt, lehnt die NSDAP als den „Totengräber des bündischen Gedankens“ ab. Das Ergebnis dieser Auseinandersetzung ist eine heftige nationalsozialistische Polemik gegen Artur Mahraun; Wortführer der Anhänger Hitlers ist Alfred Rosenberg, der seinen Angriff in dem Pamphlet „Nationalsozialismus und Jungdeutscher Orden“ bündelt, das 1927 in München erscheint.

Alfred Rosenberg gilt neben Adolf Hitler als führender nationalsozialistischer Theoretiker und Programmierer. Er greift Mahraun unmittelbar nach der Entscheidung der Ordensführung gegen die Zusammenarbeit mit der völkischen Bewegung und für die Unterstützung der Außenpolitik von Gustav Stresemann an. In Rosenbergs Kampfschrift wird die unüberbrückbare Gegnerschaft des Jungdeutschen Ordens zu den Nationalsozialisten deutlich. Rosenberg wirft dem Jungdeutschen Orden vor: „Keinen Kampf gegen den volksverräterischen Marxismus; keine wirkliche Aufklärung über die Verfilzung der internationalen Plutokratie, nirgends Darstellung des Alljudentums . . .“

Mitte der 20er Jahre hat der Jungdeutsche Orden etwa 100.000 Mitglieder. Sie sind in Ortsgruppen (Bruder- oder Schwestern-

schaften) organisiert. Als die Mitgliederzahl des Jungdeutschen Ordens Ende der 20er Jahre auf etwa 40.000 sinkt, wird der Zusammenhalt der Mitglieder immer enger. Die Gründung eigener Schwesternschaften symbolisiert den entschiedenen Bruch mit dem Freikorpsgedanken. Die Prägung der jungen Mitglieder durch den bündischen Gedanken und auch durch die Erfahrung in Arbeitslagern rückt stärker in den Vordergrund der politischen Bildungsbestrebungen.

Im Sommer 1930 entsteht aus Teilen der zur Splitterpartei geschrumpften Deutschen Demokratischen Partei und der Volksnationalen Reichsvereinigung die Deutsche Staatspartei. Als gleichberechtigte Mitglieder der Leitung, des Aktionsausschusses, gelten Erich Koch-Weser, der die Führung auf parlamentarischer Ebene übernimmt, und Artur Mahraun, der die außerparlamentarischen Aktivitäten koordinieren soll. Im Manifest der Deutschen Staatspartei finden sich viele Ziele der Jungdeutschen. Als sich nach kurzer Zeit herausstellt, daß die Führung der Staatspartei sich nicht von allen Vorstellungen der Deutschen Demokratischen Partei trennen will, verläßt Mahraun Anfang Oktober 1930 die Deutsche Staatspartei.

Die Deutsche Staatspartei will den völligen Zerfall des politischen Liberalismus in der Endphase der Weimarer Republik aufhalten und setzt sich für einen „starken Staat“ auf parlamentarischer Grundlage ein. Der Rest liberaler Wähler kann sich mit dieser programmatischen Grundlage nur schwer identifizieren. Auch die Deutsche Staatspartei bleibt bei den Reichstagswahlen eine liberale Splittergruppe und erhält keine Möglichkeit, politische Verantwortung zu übernehmen.

Die Staatslehre Artur Mahrauns wendet sich gegen die Vorstellung einer Massendemokratie. An ihre Stelle soll die organische Gliederung der Bevölkerung und eine Gemeinschaftsbildung treten, die in der „Nachbarschaft die Grundzelle eines Volksstaates“ sieht. Das moderne Parteiensystem wird

deshalb entschieden abgelehnt. Mahraun setzt sich aber zugleich gegen autoritäre Staats- und Gesellschaftsvorstellungen ab. Die politische und kulturelle Elite habe den politischen „Stufenbau“ zu spiegeln und so den Gedanken der Selbstverwaltung zu stärken. Daher ruft der Jungdeutsche Orden dazu auf, bei den Reichspräsidentenwahlen gegen Hitler und für Hindenburg zu stimmen.

Auch im Bereich öffentlicher Arbeiten wird der Orden aktiv: So werden bereits in den 20er Jahren unterschiedliche Pläne entwickelt, Jugendliche für den Freiwilligen Arbeitsdienst zu gewinnen. Mahraun setzt sich für diese Pläne nicht zuletzt deshalb ein, weil er die Militarisierung der Jugend erschweren will, die vor allem von der politischen Rechten betrieben wird. Nach dem politischen Mißerfolg der Volksnationalen Reichsvereinigung bei den Reichstagswahlen im September 1930 konzentriert sich die Aufbauarbeit des Jungdeutschen Ordens ganz auf den „großen Plan“ Artur Mahrauns, der zur Lösung der wirtschaftlichen Krise die Einrichtung des Arbeitsdienstes und die Siedlung im Osten vorschlägt. Damit befindet er sich im Einklang mit den Vorstellungen eines H. J. Graf von Moltke.

Gegen Jahresende 1932 wird immer deutlicher, daß Reichskanzler Kurt von Schleicher, der sich besonders um die Einbindung der Gewerkschaften in seine Regierung bemüht, Opfer einer politischen Absprache zwischen Hitler und Franz von Papen, Schleichers Vorgänger, wird. Der Jungdeutsche Orden lehnt eine Koalition zwischen Hitler und Papen ab. Er will die Widersprüchlichkeit der von Hitler und Papen in Geheimgesprächen geplanten „großen nationalen politischen Einheitsfront“ entlarven – denn für die Jungdeutschen verkörpert der Nationalsozialismus nur einen starren Wilhelminismus, nicht aber den versprochenen Aufbruch.

Nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler durch den von den Jungdeutschen bis dahin verehrten Paul von Hindenburg macht

sich unter den Ordensmitgliedern zunächst eine tiefe und lähmende Niedergeschlagenheit breit. Bereits wenige Tage später verstehen sich die meisten Mitglieder aber schon selbstbewußt als Haupttriebkraft einer „nationalen Opposition“. Die Jungdeutschen bezeichnen die Übergriffe von Polizei, SA und SS als „Mordtaten“, die Notverordnungen der ersten Februarwoche als „Terrorverordnungen“. Artur Mahraun wendet sich hier unmittelbar gegen Hitlers erste große Wahlkampfrede. Zugleich will er sich aber von den Gegnern Hitlers abgrenzen, die Deutschland verlassen und den Nationalsozialismus von außen bekämpfen.

So gilt im Frühjahr 1933 Artur Mahraun neben Ernst Niekisch und Otto Strasser als einer der Wortführer einer Kritik an Hitler, die sich teilweise auf dessen eigenes Programm bezieht und ihm vorwirft, seine Ziele verraten zu haben. Aus Machtmißbrauch könne niemals die erhoffte neue Gemeinschaftsbildung erfolgen, die den „Volksstaat“ an die Stelle von „Parteilismus“, „Parteienstaat“ und „Klassenherrschaft“ setzen soll. Mahraun bezweifelt deshalb den Anspruch der Nationalsozialisten, die „nationale Revolution“ zu vollenden. Im Frühjahr 1933 kann er sogar noch an verschiedenen Veranstaltungen seiner immer schwächer werdenden jungdeutschen Bewegung teilnehmen, wird dabei aber stets von der Gestapo überwacht.

Der politische Anspruch der Jungdeutschen wird an einem Detail sichtbar: Seit dem 19. Februar 1933 erscheint die jungdeutsche Zeitung mit dem Untertitel „Kampfblatt der nationalen Opposition“. Manche der jungdeutschen Forderungen lesen sich wie Übersteigerungen der politischen Ziele der neuen Regierung der „nationalen Konzentration“ – entscheidend ist aber die deutliche Ablehnung der Jungdeutschen von Terror, Willkür und der zielstrebigem Beseitigung der staatsbürgerlichen Rechte im Laufe des Februar 1933. Ende Februar 1933 proklamiert Mahraun die „Bildung einer nationalen Opposition“. Ihr „Vortrupp und Kern“ soll der

Jungdeutsche Orden sein. Ein Verbot der Zeitung der Jungdeutschen, befristet bis zum 15. März 1933, ist die Folge.

Unter dem Eindruck der planvoll inszenierten nationalen Kundgebung in Potsdam, an der sich auch jungdeutsche Gruppen beteiligen, wenden sich einige führende Mitglieder des Ordens von Artur Mahraun ab. Er antwortet mit seiner Schrift „Jungdeutschentum und Nationalsozialismus“ und erklärt, das Reich könne „auf die Dauer nicht mit rein faschistischen Methoden regiert, geschweige denn einer wahren Erneuerung“ geführt werden.

Mhraun läßt sich auch durch das Verbot der Tageszeitung, in die er den größten Teil seines Vermögens investiert hat, nicht beeindrucken. Obwohl ihm wegen der übernommenen Bürgschaften und Schulden der wirtschaftliche Ruin droht, ist er nicht bereit, sich den nationalsozialistischen Wertvorstellungen anzupassen. Er will dem „Ruf des nationalen Gewissens“ folgen. Diese Konsequenz ist umso überraschender, als die Wortwahl oppositioneller Äußerungen weitgehende Übereinstimmung mit den Zielen Hitlers suggeriert. Deshalb bleibt die Haltung des Jungdeutschen Ordens gegenüber dem Nationalsozialismus und als Teil des Widerstands gegen Hitler für viele bis heute umstritten. Unbestreitbar ist jedoch: Artur Mahraun geht es nicht darum, die Regierung unter Hitler und Papen aus nationalistisch übersteigertem Bewußtsein heraus zu übertreffen. Vielmehr widersprechen seine Politik-, Staats- und Zukunftsvorstellungen dem nationalsozialistischen Programm in entscheidenden Punkten. Der Jungdeutsche Orden soll der „Wall gegen sinnlosen Taumel“ sein, ohne allerdings mit den „Parteien des Bruderkampfes, Kommunisten und Nationalsozialisten“, nach einer gemeinsamen Grundlage zu suchen. Spürbar bleibt der Anspruch, durch konsequentes konservatives Selbstbewußtsein Nationalsozialisten von Hitler trennen zu können. In einem „Ordensbrief“, der nach dem Verbot des Jung-

deutschen erscheint, heißt es deshalb: „Eure große Aufgabe ist es, in der nationalen Opposition eine Aufnahmestelle zu schaffen, in der ehrliche Nationalsozialisten eine Zuflucht finden können.“

Bereits im Februar 1933 nimmt Artur Mahraun Verbindung zu Gegnern Hitlers ganz unterschiedlicher Prägung auf, um die „braune Flut“ abzuwehren. Dabei kann er sich auf einzelne Mitglieder des Hochkapitals – unter ihnen Kurt Pastenaci, Klaus Wehmeier, Paul Müller, Werner Jöhren und Rudolf Seeliger – verlassen. Jeder rechnet damit, an die Stelle eines plötzlich Verhafteten treten zu müssen. Überliefert sind Treffen mit Mitgliedern des Widerstands-Kreises um Ernst Niekisch und mit Mitgliedern der Schwarzen Front um Otto Strasser, der ebenso wie Mahraun beansprucht, gegen das Kabinett Hitler – Papen – Hugenberg die „nationale Opposition“ zu verkörpern.

Am 29. März 1933 findet dann in Berlin die letzte Großkundgebung des Jungdeutschen Ordens statt – eine Woche nach dem Tag von Potsdam und wenige Tage nach der Selbstentmachtung des Reichstages mit dem Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933. Mahraun macht in seiner mehrstündigen Rede die Grundlagen der jungdeutschen Opposition zum entstehenden NS-Staat deutlich, der immer unverhüllt den Terror zum Mittel seiner Politik macht. Trennen Mahraun und seine Anhänger auch Welten von sozialdemokratischen, sozialistischen und kommunistischen Gegnern des Regimes, so wird dabei doch deutlich, daß sich aus der Kritik am NS-Regime der Kern ihrer Widerstandsfähigkeit und Gegnerschaft entwickelt, die sich bis zur Befreiung vom Nationalsozialismus im Jahre 1945 nicht schwächt.

Wie viele Konservative dieser Zeit, die die Weimarer Republik in ihrer Form als pluralistischen Parteienstaat und als Ausdruck deutscher Staatlichkeit niemals akzeptieren wollen, hofft Mahraun Ende März 1933 noch auf die Möglichkeit einer Schwächung von

Hitlers Herrschaft oder sogar auf dessen politisches Scheitern. Seine Formulierung einer „Linie der Mitarbeit“ ist deshalb nicht als Angebot zur Zusammenarbeit zu verstehen, sondern nutzt einzelne Begriffe, die Hitler und seine Anhänger verwenden, um sie unter Hinweis auf das Jungdeutsche Manifest zuzuspitzen und so in der Kritik des Nationalsozialismus zu radikalieren. Seine Argumentation findet sich später in vielen Formen konservativer Kritik und Distanzierung wieder – der Nationalsozialismus soll als gewaltsam, als unehrlich und machtbesessen charakterisiert werden.

Mhrauns frühe Protesterklärung endet in der Aufforderung, mit den Nationalsozialisten „keinen Kompromiß“ zu schließen. Obwohl sich in den folgenden Jahren einzelne Ordensmitglieder und auch manche Ordensführer dem Verfolgungsdruck nicht gewachsen zeigen, verharrt doch ein fester Kern in „nationaler Opposition“. Die Formen dieses Widerstehens sind vielfältig: Einige halten die Verbindungen zu anderen Brüdern und Schwestern, zu Mitgliedern der einzelnen Balleführungen oder zu Artur Mahraun. Andere konzentrieren sich auf die Lektüre der Zeitschriften und Bücher, die bis 1941 veröffentlicht werden können. Auch die Mitglieder der Ordensjugend bewahren bündische Lebensformen und versuchen, sich weiterhin zu treffen. Einzelne Mitglieder verstehen sich als Teil der aktiven politischen Opposition und verlassen Flugblätter, die schließlich auch der Gestapo in die Hände fallen.

Der Aufbau eines Netzes von Informanten ist die Voraussetzung oppositioneller Konspiration. Dabei kann sich die Bundesführung auf einen kleinen Kreis unbeirrbarer Ordensbrüder stützen, die angehalten werden, Nachrichten zu sammeln und unter Beachtung gebotener Vorsichtsregeln weiterzugeben. So entsteht ein Netz von „Sendungen“, die versuchen, Kontakt untereinander zu halten. Das Verbot ihrer Zeitung „Der Jungdeutsche“ deutet die Ordensmitglieder als Be-

stärkung ihrer Gefährlichkeit für das NS-Regime und als Beweis ihres Einflusses – gegen eine machtlose Opposition brauchten ihrer Meinung nach doch kaum die bis heute erschreckenden Methoden der Verfolgung und Unterdrückung angewandt zu werden. Immer wieder schärfen Briefe und Nachrichten den Mitgliedern ein, sich auf den Kern des Programms des Jungdeutschen Ordens zu besinnen und zu einer „verantwortungsbewußten nationalen Opposition“ zu stehen.

Vor den Feierlichkeiten zum 1. Mai 1933, der von den Nationalsozialisten als „Tag der nationalen Arbeit“ begangen wird und einen Tag später die Auflösung der unabhängigen deutschen Gewerkschaftsbewegung bringt, bietet Artur Mahraun die Mitarbeit am „neuen Staat“ unter der Voraussetzung an, daß die Grundsätze jungdeutscher Ordensvorstellungen respektiert werden. Seine Erklärung soll ein Bekenntnis zur „einheitlichen Schicksalsgemeinschaft“ sein und wird von seinen Anhängern als deutliche Kritik an der Verfolgung Andersdenkender verstanden. In diesem Sinn wirkt auch die Forderung, „neue Wege“ in den politischen Auseinandersetzungen der Gegenwart zu bahnen. Im Mai und Juni 1933 versucht Artur Mahraun, das Mindestmaß an Übereinstimmung zwischen den nationalsozialistischen Zielen und der Gedankenwelt des Jungdeutschen Ordens zu bestimmen. Dabei wird ein grundlegender Unterschied deutlich, der wenige Wochen später den endgültigen Bruch mit dem Nationalsozialismus markiert. Habe sich der NS-Staat für den Kampf um die Macht entschieden, müsse es dem Jungdeutschen Orden auf die Klärung grundsätzlicher Probleme und die Formulierung gültiger, in die Zukunftweisender Ziele ankommen. Mahraun bekennt sich zur erzieherischen Aufgabe des Ordens – damit aber stellt er den weltanschaulichen Führungsanspruch des NS-Staates in Frage und fordert, so scheint es, sein weiteres Schicksal geradezu heraus:

Am Abend des 11. Juli 1933 wird Mahraun aus dem Kreis seiner Freunde heraus verhaftet und in das Berliner Konzentrationslager Columbia-Haus verschleppt, wo er schweren Mißhandlungen und demütigenden Verhören ausgesetzt ist. Seine Freunde versuchen sofort, Mahrauns Freilassung und die Durchführung eines ordentlichen Gerichtsverfahrens zu erreichen. Nach seiner Überführung in das Gefängnis Plötzensee kann Mahraun schließlich selbst den von ihm immer wieder kritisierten und politisch abgelehnten Franz von Papen bitten, sich für seine Freilassung einzusetzen. In seinem Kalender verzeichnet Mahraun die Folgen der Mißhandlungen: „16. 7. Nierenschmerzen und Bluten; 19. 7. Schwere Blasenblutungen. Laufen fast unmöglich. Krämpfe.“ Nach der Verlegung in das Gefängnis Plötzensee kann Artur Mahraun mit einigen Freunden Verbindung aufnehmen. Man erlaubt ihm, Briefe zu schreiben. Anfang August 1933 schreibt er: „Seid überzeugt, daß ich das Schicksal mit solcher stoischen Ruhe trage. Ich halte es sogar für eine unausbleibliche Notwendigkeit, diesen Weg zu gehen.“ Einem Freund teilt er mit: „In meinen Gedanken suche ich die Zukunft. Die Übergangszeit ist nichts für uns.“ Nach achtwöchiger Haft wird Mahraun entlassen – er ist ungebrochen und will seine Auseinandersetzung mit dem NS-Staat fortsetzen. Unmittelbar nach seiner Entlassung aus der Haft gründet Artur Mahraun eine neue Monatschrift, die in der Nachfolge von „Der Meister“ und der „Jungdeutschen Blätter“ steht, die „Nachbarschaft“. Sie wird ab Mitte 1935 publiziert. Insgesamt erscheinen mehr als zehn Ausgaben. Schon im Titel der Zeitschrift rückt Mahraun seine Vorstellung von der kleinsten und entscheidenden Keimzelle der Gemeinschaft in den Mittelpunkt. Bereits im Jungdeutschen Manifest hat er dem Gedanken der Nachbarschaft breiten Raum gewidmet – unter den Lebensverhältnissen des NS-Regimes kommt seiner Forderung „zusammenzurücken“, noch eine gesteigerte

Bedeutung zu. Mahraun kritisiert die politische Entwicklung in den ersten Monaten der NS-Herrschaft und die Folgen der Gleichschaltung.

Die Vorstellung einer Nachbarschaft wird dem zentralistischen und mit diktatorischen Befugnissen ausgestatteten Staat entgegengesetzt. Mahraun kröpft dabei nicht nur an die weithin verbreiteten Ideen eines organischen Staatsaufbaus an, sondern bereitet seine Anhänger auf den Gedanken einer aktiven Selbstverwaltung vor. Nur in kleinen Kreisen können diese Vorstellungen der Jungdeutschen künftig erörtert und tradiert werden.

Allmählich, aber immer zielstrebig, bereitet Mahraun seine politischen Freunde auf die Illegalität vor. Zunächst erscheinen die Publikationen des Ordens nur unter fast ständig veränderten Namen. Aus dem Jungdeutschen wird die Nordische Zeitung, wenig später die Deutsche Staatsbürger-Zeitung. Grundsätzliche politische Betrachtungen finden sich hier immer seltener, dafür aber umso häufiger kleine Meldungen, die das NS-Regime charakterisieren sollen.

Die Nationalsozialisten wehren sich, indem sie den verhafteten Mahraun zwingen, sich von den Zeitschriften und Zeitungen des Ordens zu trennen – dies gilt heute als die entscheidende Vorbedingung seiner Freilassung. Aber Mahraun gibt nicht auf – er paßt sich nicht an. Neue Formen des Gedankenaustausches müssen deshalb gefunden werden. An vielen Orten entstehen kleine Kreise von Gesinnungsfreunden, die Mahraun auf seinen Reisen immer wieder besucht – seine bis 1941 veröffentlichten Bücher und Aufsätze werden von seinen Anhängern immer neu gelesen und diskutiert.

Tagespolitische Meldungen finden sich in seiner Zeitschrift nur selten. Sie spiegelt hingegen deutlich die Vorstellungen der konservativ geprägten „inneren Emigration“, die sich um ein distanzierendes Verhältnis zu den Erscheinungen der Gegenwart bemüht. Charakteristisch für diese Distanz sind Merk-

sätze, die immer wieder schlagartig und sehr eindringlich die Kritik am nationalsozialistischen System deutlich machen.

Zur Grundlage der jungdeutschen „nationalen Opposition“ wird die „Gesinnungsgemeinschaft“. Sie ist von der Hoffnung getragen, nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft die neuen Verhältnisse mitprägen zu können. Neben programmatischen Überlegungen kommt der Kritik an den bestehenden Verhältnissen besondere Bedeutung zu. Sie findet den wohl deutlichsten Ausdruck in einem nur in Auszügen überlieferten Flugblatt, das von einer Gruppe der Jungdeutschen um Paul Müller stammt. Sie bezeichnen sich in Anlehnung an ein Gedicht, das zuerst in der Nachbarschaft erschienen ist, als „Die drei Musketiere“. Die Verfasser der Flugblätter unter dem Titel „Frontberichte vom Kriegsschauplatz des Dritten Reiches“ werden von der Gestapo verhaftet. Paul Müller wird erst Jahre später, im Juli 1938, zu einer vierjährigen Gefängnisstrafe verurteilt.

Dies zeigt, wie groß Opferbereitschaft und Leidenfähigkeit von Mahrauns Anhängern geworden sind. Mahraun verschweigt in seiner Kritik an der nationalsozialistischen Politik der Gleichschaltung nicht, daß der Jungdeutsche Orden sich nicht freiwillig aufgelöst hat, sondern faktisch verboten worden ist. Deutlich markiert er so die Grenzen des „Parteienverbots“ und fordert schließlich indirekt alle Anhänger auf, die jungdeutsche Ideengemeinschaft arbeitsfähig zu erhalten – unabhängig von der Zerstörung der Organisation, dem Verbot der Zeitungen und der Bundessymbole. Weil die Festigung der Ideengemeinschaft im Mittelpunkt der Selbstbehauptung steht, äußert sich der jungdeutsche Wille zum Widerstehen vor allem in Broschüren, Zeitschriften und der Lektüre von Büchern, deren Verfasser als Vorbereiter jungdeutscher Vorstellungen gelten. Die Schriften Mahrauns werden so im Laufe der Zeit zwar unpolitisch – in allen Heften finden sich jedoch grundsätzliche Re-

flexionen, die politische Zeiterscheinungen zu deuten versuchen.

Neben der Zeitschrift „Nachbarschaft“ erscheint in Berlin die jungdeutsch geprägte Zeitschrift „West-Ost“. Herausgeber ist Werner Jöhren, der ehemalige Großkomtur von Brandenburg-Pommern.

Diese Zeitschrift soll die Verbindung zwischen der ehemaligen Ordensführung und den Mitgliedern aus aufgelösten Bruderschaften im Land ermöglichen: „Wir wollen Brücken schlagen zwischen Stadt und Land“, lautet das Programm der Redaktion. Immer wieder finden sich politische Aphorismen, etwa der Satz von Friedrich Schleiermacher: „Der Staat . . . muß vor dem Innersten des Menschen haltmachen.“ Auch in anderen Heften finden sich regelmäßig Aphorismen politischer Denker, auf die sich auch die Nationalsozialisten immer wieder berufen. Die Zitate sollen die NS-Ideologie entlarven und zugleich helfen, grundlegende Entscheidungen der Gegenwarts politik zu durchschauen.

Freiherr vom und zum Stein etwa wird in Veröffentlichungen als „Vater der Selbstverwaltung“ verehrt. Seine Ideen beeinflussen die Überlegungen aller Widerstandskämpfer, die in den „kleinen Gemeinschaften“ – wie Helmuth James Graf von Moltke – oder den „Kreisen“ – wie Carl Friedrich Goerdeler – die Grundlagen des neu aufzubauenden Staates erblicken. Bei allen Unterschieden in den Zielen erinnert auch Mahrauns „Nachbarschaft“ an diese Vorstellungen. Ein weiteres Beispiel: Die Nationalsozialisten versuchen seit dem Tag von Potsdam im März 1933, den Preußenkönig Friedrich II. für sich zu beanspruchen. Als Kritik dieses Friedrich-Kults sind etwa die Worte des „großen Königs“ zu verstehen, die veröffentlicht werden: Sie weisen auf die Ermordung von Menschen, auf den politischen Ehrgeiz des Tyrannen und auf die Willkür von Polizei und Justiz hin. Vor allem fordern sie zur Distanzierung von den Erscheinungen der Gegenwart auf. Diesem Ziel dienen auch „Betrach-

tungen am Kamin“, die Artur Mahraun regelmäßig in seiner Zeitschrift Nachbarschaft veröffentlicht.

Die Vielzahl derartiger Betrachtungen verstärkt den Geist konservativer Nonkonformität und Dissidenz, ohne sich aber zur aktiven politischen Opposition steigern zu können. Nicht zu bezweifeln ist, daß sich in den frühen Jahren nationalsozialistischer Herrschaft die Mitglieder des Jungdeutschen Ordens zunehmend als Teil der inneren Opposition verstehen. Sie erklären, sich nicht an den Auseinandersetzungen über die Gegenwartsfragen beteiligen und „unpolitisch“ bleiben zu wollen – dies führt sie in den Gegensatz zu einem totalen Staat –. Andererseits wollen sie beweisen, daß die Treue zu ihren Ideen keine staatsrechtliche Angelegenheit sein darf, sondern Ausdruck der Gewissensfreiheit und der Selbstverpflichtung ist. Sie bestreiten so nachdrücklich das Recht des NS-Staates, in allen Fragen der Weltanschauung den politischen Führungsanspruch durchsetzen zu können.

Nach dem Verbot seiner Zeitschriften arbeitet Mahraun weiterhin schriftstellerisch und versucht, die „Philosophie der Gemeinschaft“ zusammenzufassen. Als 1935 „Grundsätze für das Gemeinschaftsleben“ unter dem Titel „Ordina“ erscheinen, stößt Mahraun bei den Nationalsozialisten auf heftige Ablehnung. Vor allem die Besprechung seiner Arbeit in „Der SA-Mann“ macht sichtbar, wie weit sich Mahraun von den Methoden und Zielen nationalsozialistischen Denkens entfernt hat. Der Rezensent stellt Verbindungen zu Mahrauns Positionen vor 1933 her und kritisiert nicht nur die „pflaumenweichen“ Mahnungen, sondern die Überbewertung des Verstandes. Mahraun soll schließlich wegen seiner Erfolglosigkeit dem Spott preisgegeben werden.

So beginnt eine Odyssee, die Martyrium bedeutet. Artur Mahraun wird, so scheint es mir, schließlich ein Schatten seiner selbst. Besonders deutlich wird dies in seinem berühmten Schäferbild und während seines

Auftretens als Entlastungszeuge im Prozeß gegen Werner. Die Stationen bis zu seinem Tod lassen sich kurz skizzieren:

Nach dem Ende des Nachbarschafts-Verlages 1941 zieht Mahraun mit seiner Familie nach Bad Harzburg. Wegen seiner Gegnerschaft zum NS-Regime wird er nicht zur Wehrmacht eingezogen. 1943 kaufte er sich in eine Privatschäferei ein. 1944/45 schließlich arbeitet er auf dem Gut eines Ordensbruders in Marienmünster/Kreis Hörter. Nach dem 20. Juli 1944 muß er untertauchen. Er kann der Gewitter-Aktion entgehen und versteckt sich bei Freunden. So kann er das Kriegsende überleben. Artur Mahraun stirbt Ende März 1950 in Gütersloh.

„Sei überzeugt, daß ich der Alte bleibe. Die Unbilden, die mich betroffen haben und die mich noch treffen werden, trage ich trotz der

äußeren Erniedrigung mit Stolz im Innersten meines Herzens. Ich möchte trotz meiner Unfreiheit nicht an der Stelle derer stehen, die sich der Verantwortung durch die Flucht entzogen oder ihre Gesinnung preisgegeben haben.

Ich bin so felsenfest von der Größe und Zukunft unserer Ideale überzeugt, daß ich den heutigen Schicksalsschlag nicht anders als eine Leuchtkugel nehme. In meinen Gedanken suche ich die Zukunft. Die Übergangszeit ist nichts für uns. Aber sie wird auch vorübergehen. Man darf um ihrerwillen kein Stückchen Glauben verlieren, den wir in anderer Zeit brauchen.“ So heißt es in einem Brief von Artur Mahraun an Heinrich Hogrefe aus der Haft Berlin-Plötzensee, 5. August 1933.

Ich denke, dieses Zitat spricht für sich selbst.

## Brauchtum, Denkmäler, Plattdeutsch und Museen

Will Cremer, Ansgar Klein (Hg.), *Heimat, Analysen, Themen, Perspektiven, Bielefeld 1990.*

Wer immer sich mit Heimat beschäftigt, der sollte dieses zweibändige Sammelwerk zur Kenntnis nehmen, das der Westfalen-Verlag in Bielefeld im vergangenen Jahr veröffentlichte. Hier finden sich wissenschaftlich fundierte Beiträge und didaktische Überlegungen in anregender Fülle. Traditionelle Zugänge wie Brauchtum, Plattdeutsch, Denkmäler und Museen sind hier ebenso thematisiert wie die Umweltproblematik oder der Lokalfunk; die gebaute und erlebte Hei-

mat wird untersucht, und neue Zugänge für Jugendliche oder neu Zugezogene werden vorgestellt. Die beiden Bände mit insgesamt 900 Seiten sind eine Fundgrube – wir fanden sie im Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung, wo sie für Mitarbeiter der Heimatvereine als „politische Bilder“ kostenlos zu bestellen sind. Bestellnummer 294 bei der Bundeszentrale für politische Bildung, 5300 Bonn, Postfach.

Heinrich Lakämper-Lührs

## Mahrauns Lebensgeschichte, von einem Pastor erzählt

Wolfgang Zeihe, Artur Mahraun. Politik mit Herz, Kassel 1991 (Thiele & Schwarz), 155 S., geb., DM, ISBN 3-87816-077-1.

Das Leben des nach dem Zweiten Weltkrieg in Gütersloh lebenden und 1950 hier verstorbenen Autors und Politikers Artur Mahraun schildert der evangelische Pastor und entfernte Mahraun-Verwandte Wolfgang Zeihe in einer lesenswerten essayistischen Biographie. Während die historische Forschung seit einiger Zeit den von Mahraun begründeten und geführten Jungdeutschen Orden vor allem unter dem Gesichtspunkt der Nähe zum Nationalsozialismus untersuchte und zu dem Schluß kam, daß die Organisation zur nationalen Opposition gegen die NSDAP und Hitler gehörte, hat Zeihe das Fühlen, Denken, Schreiben und Handeln des Großmeisters biographisch untersucht. Unter der Überschrift „Ein besonderes Leben“ charakterisiert Zeihe nicht nur Mahraun, sondern auch seinen Untersuchungsansatz mit den Worten: „Sein Jungdeutscher Orden, (...) war nur eine kleine Wegstrecke; in ihm steckt mehr. Viele tausende Frauen und Männer kannten ihn und jubelten ihm zu; aber sie kannten ihn noch lange nicht. Seine Grundwerte, seine Ausstrahlung und die praktischen Vorschläge für das politische Leben, sein dichterisches Werk in Prosa und Poesie, die religiöse Linie und vom Evangelium bestimmte Vertiefung seines Denkens – das alles gehört zu Artur Mahraun.“

Der 1890 in Kassel geborene Mahraun wird in dieser Biographie als national gesinnter, vom „Fronterlebnis“ bestimmter Mensch geschildert. Ausführliche Quellenzitate belegen die starke religiöse Prägung und die innere Auseinandersetzung mit den Problemen der Gesellschaft nach dem Ersten Weltkrieg.

Der „bündische Charakter“ des Jungdeutschen Ordens und das politische Engagement der Mitglieder waren im Inneren des Ordens zwar zu verschiedenen Zeiten unterschiedlich gewichtet, doch beide waren tragende Elemente der Organisation und des Handelns ihres Führers. Sein Eintreten gegen Hitler nicht erst gegen Ende der Weimarer Republik ist trotz aller nationalen Elemente im Denken der Jungdeutschen entschieden gewesen und blieb es bis 1933: „Der Machtkampf ist entschieden, der Ideenkampf beginnt“ (Mahraun).

Die biographischen Schilderungen lassen deutlich werden, wie in den Jahren nach 1945 der Gedanke der Nachbarschaft – heute würden wir das unter gelebter Basisdemokratie fassen – das politische Denken Mahrauns bestimmt. Daß Mahraun dieser Gedanke nicht neu kam, als er das NS-Regime erleben mußte, sondern schon früher in seinem „Jungdeutschen Manifest“ von 1927 angelegt war, zeigen diverse Zitate. Mir scheint die Arbeit von Wolfgang Zeihe als Einführung in das Lebenswerk Mahrauns geeignet. Allerdings fehlt ihr ein wenig die ordnende Hand der Systematisierung, die man von einem Historiker erwarten würde. Nun, Zeihe ist evangelischer Pastor und erzählt Mahrauns Lebensgeschichte entsprechend anders. Immerhin so, daß ich nun – ohne jegliches Vor-Interesse und mit Vorurteilen zur Lektüre gekommen – verstehen kann, wie stark Mahraun in seiner zeitlichen Art die Umwelt in positivem, demokratischem und friedlichem Sinne zu beeinflussen suchte und zeitweise auch erreichte.

Heinrich Lakämper-Lührs

## Alltag des Nationalsozialismus in Ostwestfalen-Lippe

Hubert Frankemölle (Hg.), Opfer und Täter. Zum nationalsozialistischen und antijüdischen Alltag in Ostwestfalen-Lippe, Bielefeld (Verlag für Regionalgeschichte) 1990, 246 S., Abb., 24,80 DM, ISBN 3-927085-21-9.

Die Veröffentlichung einer Vortragsreihe der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Paderborn ist ein Beitrag zur Verständigung über die Schrecken des NS-Terrors und zugleich ein regionalgeschichtlicher Überblick für Ostwestfalen-Lippe. Obwohl die Vorträge in Paderborn gehalten und teilweise auf Stadt und Umland bezogen sind, bestechen einige der mehr regional angelegten Beiträge durch ihre Reflektion für ganz Ostwestfalen-Lippe.

Zu nennen sind beispielsweise der mentalitätsgeschichtlich wertvolle Beitrag von Joachim Meynert („Das hat mir sehr weh getan!“ – Jüdische Jugend in Ostwestfalen-Lippe. Streiflichter 1933–1939) oder Arno Klönnes Überblick über „Völkisch-antisemitische Herkunft des Nationalsozialismus“ weit vor Hitler. Da spielt schon 1914 ein Roman die nationalsozialistische Mythologie durch – zwischen Hermannsdenkmal und Paderborn – und immer wieder erschienen in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts in der katholischen Bonifatius-Druckerei Hetschriften gegen jüdische Mitbürger.

Der Kreis Gütersloh kommt in diesem Sammelband zumeist nur episodisch vor, so etwa mit dem Hinweis auf die Leiterin des jüdischen Waisenhauses in Paderborn, die 1895 in Rietberg geborene Liese Dreyer, und ihr Wirken bis zum Abtransport nach Theresienstadt und später wohl Auschwitz. Ulrich Wagener schildert in seinem Beitrag „Priester und Laien der katholischen Kirche als Opfer und Täter“ als Beispiel für die namenlosen Opfer den Fall des Clarholzer Theologiestudenten Theo Kuhmann. Er hatte als Werkstudent im Sommer 1939 in Gesprächen in den Arbeitspausen einen Satz aus den Gesprächen über den im Bewußtsein der Menschen bevorstehenden

Krieg aufgeschnappt und – in lateinischer Sprache – auf eine Sperrholzplatte geschrieben: „Der Krieg ist für die Reichen, der Mittelstand muß weichen und der arme Arbeiter liefert die Leichen.“ Kuhmann starb am 14. April 1940 im Konzentrationslager Sachsenhausen, angeblich an einer Lungenentzündung. Ein Zwischenbericht von Karl Hüser über die Forschungen zum Stalag 326 (VVK) Stukenbrock-Senne 1941–1945 gibt erste Eindrücke über die Vernichtung russischer Kriegsgefangener im NS-Rassenkrieg.

Viele der Aufsätze sind in der historisch-politischen Bildung heute sinnvoll einzusetzen, zeigen sie doch immer wieder deutlich, daß hinter Handlungen und Taten reale Menschen stehen, deren Denken und Handeln sie zu Tätern und Opfern machte. Je näher sich die Autoren mit ihnen beschäftigen, desto schwieriger wird häufig die moralische Unterteilung in „gut“ und „böse“. Diese Erkenntnis ist für die Analyse von Diktaturen immer wieder grundlegend. Gerade das macht den Terror 1933 bis 1945 im Alltag der Normalbürger deutlich – hinzu kommen die Leidensgeschichten der Opfer. Voraussetzung dafür war immer wieder die Ideologie der Ausgrenzung des Fremden und Unverständenen zugunsten einer angeblichen Höherwertigkeit. Die grausamen Folgen solcher primitiven Weiterklärungs- und Weltveränderungsmuster für alle Menschen müssen heute in Form von Geschichten immer wieder verdeutlicht werden, denn nur das sogenannte Dritte Reich ist untergegangen, während die rechtsextremen und faschistischen „Argumente“ wohl zu den chronischen Krankheiten der modernen Industriestaaten gehören.

Heinrich Lakämper-Lührs

## Vor 175 Jahren: „Unter Pickelhaube und Zylinder“

von Manfred Beine

Eine Art Preußen-Renaissance kann erleben, wer die derzeitigen und mittelfristigen Ausstellungs- und Veranstaltungsangebote des Gütersloher Stadtmuseums aufmerksam verfolgt und wahrnimmt. Eine kleine, aber umso beschaulichere Darbietung zur Geschichte der lokalen preußischen Verwaltung unter dem Titel „Mit Gänsekiel und Meisenstein. Preußen, Landrat, neue Ordnung 1816“, Ausstellung des Stadtmuseums Gütersloh vom 17. Oktober bis 1. Dezember 1991, beschernte uns der diesjährige Herbst. Äußerer Anlaß war die Tatsache, daß im hiesigen Raum vor genau 175 Jahren mit der Bildung des Altkreises Wiedenbrück eine grundlegende, bis zur Gebietsreform der 70er Jahre dieses Jahrhunderts andauernde Konsolidierung der preußischen Kreis- und Kommunalverwaltung stattgefunden hatte.

Im Frühjahr 1992 schließt sich eine großangelegte Ausstellung zum östlichen Westfalen im Zeitalter des Wilhelminismus an, die zunächst im Stadtmuseum Minden zu sehen war. Das Gütersloher Stadtmuseum, am Zustandekommen des Projekts beteiligt, gehört zu den ersten Einrichtungen, die die ambitionierte Präsentation eines umfassenden Epochenquerschnitts auf regionaler Ebene vom Stadtmuseum Minden übernehmen werden. Im Zusammenhang mit der Ausstellung, die vom 20. Mai bis zum 28. Juni 1992 im Stadtmuseum Gütersloh zu sehen sein wird, ist bereits in diesem Herbst ein bemerkenswertes Buch erschienen, das in ansprechender und gut lesbarer Form zahlreiche Beiträge zu der vielschichtigen Themenstellung der Ausstellung und ihren Forschungsergebnissen versammelt und damit dankenswerterweise der interessierten Öffentlichkeit dauerhaft zur Verfügung stellt.

Unter dem Titel „Unter Pickelhaube und Zylinder. Das östliche Westfalen im Zeitalter des Wilhelminismus 1888 - 1914“ (dies

ist auch der Titel der Ausstellung), fächern 22 Autorinnen und Autoren in 20 reich illustrierten Beiträgen die politischen, sozialen und kulturellen Strukturen der Zeit in bemerkenswerter Breite und Detailkenntnis aus. Das staats- und gesellschaftstragende Bündnis von preußischem Militär und obrigkeitlicher Beamtenverfassung einerseits sowie einem nachgründerzeitlich erstarktem und prosperierendem Bürgertum auf der anderen Seite, zu welchen der symbolträchtige Titel von Buch und Ausstellung eine grifflige Formel gefunden hat, durchzieht die durchweg gut lesbaren, bisweilen recht spannend geschriebenen Aufsätze wie ein roter Faden, an welchem die wesentlichen sozialen und gesellschaftlichen Erscheinungsformen des wilhelminischen Zeitalters (Schule, Kirche, Militär, Vereine, Architektur und Denkmäler) facettenreich aufgereiht werden.

Es versteht sich von selbst, daß die preußische Garnisons- und Verwaltungstadt Minden einen inhaltlichen Schwerpunkt einnimmt. Hervorzuheben ist die grundlegende Studie zur Stadtentwicklung Mindens in wilhelminischer Zeit von Hans Nordsiek, dem Leiter des Kommunalarchivs Minden. Galt Minden spätestens seit der Reichsgründung 1871 als die preußische Stadt Westfalens schlechthin, so entwickelt sich das rasant wachsende Bielefeld insbesondere während der Regierungszeit Wilhelms II. immer mehr zum eigentlichen Wirtschaftszentrum der Region. So befassen sich gleich mehrere Aufsätze mit der baulichen Entwicklung, dem Bildungswesen, der kulturellen Situation und dem Vereinswesen der ehemaligen Leine-Weberstadt um die Jahrhundertwende. Michael Siedenhaus, durch die gemeinsam mit Volker Pieper verfaßte einschlägige Arbeit zum Strafgefangenenlager in Stukenbrock-Senne bekannt geworden, hat speziell die

Funktion der Kriegervereine im wilhelminischen Bielefeld untersucht.

Überhaupt spielt die sich zuspitzende Auseinandersetzung von Ideologien, Konfessionen und politischen Richtungen, vor allem innerhalb konservativer Strömungen, im Buch eine herausragende Rolle. Die jeweiligen institutionellen Erscheinungsformen, die verschiedenen Vermittlungsinstanzen und sie tragenden Organisationen werden von verschiedener Seite her beleuchtet. Besonders spannend aus der Sicht des heutigen Kreises Gütersloh sind die Beiträge, die sich mit dem Verhältnis der beiden christlichen Konfessionen im Hinblick auf Preußentum und Konservatismus beschäftigen. Hervorzuheben sind hier Thomas Mergels Beiträge zur Stellung des Katholizismus in Ostwestfalen und seine politische Organisation. Bekanntlich war insbesondere der Altkreis Wiedenbrück, dem aufgrund besonderer historischer Bedingungen ein vergleichbares protestantisches Beamten- und Bürgertum als tragende Schicht des preußischen Staates weitgehend fehlte, eine Hochburg des katholischen Zentrums. Am Beispiel des aus Neuenkirchen stammenden Zentrumspolitikers und Reichstagsabgeordneten Heinrich Humann wird die letztlich nur begrenzte Wirkungsmöglichkeit des politischen Katholizismus vorgeführt.

Auffallend und erfreulich ist zu vermerken, in welcher Breite verschiedene Aufsätze die regionale Architektur und Bautätigkeit des Historismus als augenscheinliche Ausdrucksform der Epoche analysieren und beschreiben. Hingewiesen sei in diesem Zusammenhang auf einen Beitrag zu den Kriegerdenk-

mälern der Zeit von Rolf Westheider, der kürzlich seine Tätigkeit als Archivar in Versmold aufgenommen hat. Der hiesige Leser wird in seinem Aufsatz die einschlägigen Beispiele aus Versmold, Halle, Borgholzhausen und Steinhagen behandelt finden.

Das über 500 Seiten starke Buch, vom Verlag für Regionalgeschichte (Bielefeld) betreut, entstand als Ergebnis einer zweijährigen Vorbereitungsarbeit des Mindener Ausstellungsprojektes. Mit Joachim Meynert und Volker Rodekamp ist das Museum gleich zweimal im Herausgebertrio des Buches vertreten. Wer nicht warten will, bis die mit Unterstützung des Kultursekretariats NW, Gütersloh, entstandene Ausstellung im hiesigen Stadtmuseum zu sehen ist, kann bis dahin mit dem Buch vorlieb nehmen und sich bereits grundlegend in die Epoche und ihre spezifisch ostwestfälischen Ausprägungen einlesen. Das Buch ist in broschierter Form (sozusagen als Katalogband) für 38 DM zu erwerben, gebunden kostet es bis zum 31. 12. 1991 in der Subskription 49,80 DM, danach 64 DM.

Gespannt sein darf man im Kreis Gütersloh schon jetzt auf ein weiteres „Preußenprojekt“ des Gütersloher Stadtmuseums. Für das Jahr 1993 hat man sich in lockerer inhaltlicher Anknüpfung an die vorangegangenen Ausstellungen eine Dokumentation der lokalen Ereignisse und Verhältnisse während des Ersten Weltkrieges vorgenommen.

**Joachim Meynert, Josef Mosser, Volker Rodekamp (Hrsg.): Unter Pickelhaube und Zylinder. Verlag für Regionalgeschichte, Bielefeld 1991, 505 Seiten.**

## „Gewichtiger“ Begleiter auf Lehrpfaden durch Bielefeld

**Geschichtsabläufe. Historische Spaziergänge durch Bielefeld, hrsg. von Bernd Hey, Thomas Niekamp, Michael Veldkamp, Reinhard Vogelsang, Bielefeld 1990, 228 S., zahlr. sw Fotos, 29,80 DM, AJZ-Verlag, ISBN-Nr. 3-921680-81-6.**

Praktisch ist der hier angezeigte Band nicht unbedingt: die Wegführung der zwölf Rundgänge auf ausklappbaren Seiten hätte dem leidlich Orstkundigen den Rundgang ebenso erleichtert wie eine herausgehobene Typographie der Wegbeschreibung im laufenden Text. Und schwer ist das Werk allemal, wenn man – wie in diesem Frühsommer – mit Schirm auf die Suche geht.

Aber die hier von Studenten der Universität Bielefeld unter Leitung von Bernd Hey und Reinhard Vogelsang zusammengetragenen Informationen, Dokumente, Fotos und Pläne rechtfertigen das Gewicht als Begleiter auf den „Lehrpfaden“. Kennzeichen solcher Lehrpfade sind eine bestimmte Thematik, ein festgelegter Weg und eine Reihe von Haltepunkten und Stationen an besonders interessanten historischen Stätten oder Schauplätzen historischer Ereignisse. Für die Herausgeber formuliert Bernd Hey – als Fachmann dieser Form außerschulischer Wissensvermittlung seit langem ausgewiesen –, die Spaziergänger und Spaziergängerinnen auf den historischen Lehrpfaden sollten, „indem sie Stationen aus verschiedenen Epochen abgehen, neben der Bewegung im Raum auch Bewegung durch die Zeit erfahren und als Reisende durch Raum und Zeit werden.“ Und als Auswahl von Gründen für die einzelnen Ziele benennt Hey namens der Autoren „nicht die Attraktivität“ als „Kriterium für seine Station, sondern ihr historischer (Erkenntnis-)Wert.“

In den Wohngebieten des Bielefelder Ostens, hinter Ravensberger Spinnerei und der Mechanischen Weberei, den Lebensräumen der Textil- und später auch Metallarbeiter, konnten Vorzüge dieses Konzeptes und Schwachstellen der Umsetzung vor Ort

überprüft werden. Vorweg und generell für alle Rundgänge sei zugestanden, daß die langjährige Basisarbeit von Archiven, Geschichtswerkstätten und Universität sich in einer gewaltigen Materialdichte niedergeschlagen hat. Immer wieder erstaunlich, wie viele Einzelheiten zusammengetragen wurden über Schrebergärten an der Teutoburger Straße, Finanzämter und Sportplätze, die wegen des Kinderlärms auf gerichtliche Anordnung hin mit hohen Zäunen umzogen wurden... Dann steht man im Gebiet einer der heute größten Wohnungsbaugenossenschaften, der „Freien Scholle“. Diese sozialdemokratische Genossenschaft baute 1911 zunächst – eine Turnhalle an der Bleichstraße (für die Arbeitersportler, die nicht in städtische Hallen durften). Kleiner Schönheitsfehler dieses Rundgangs: Zwar wird über den Bau berichtet, doch weder liegt die Halle an der Strecke noch wird über deren Verwendung nach dem Ersten Weltkrieg berichtet. Von der Freien Scholle wurde danach das Siedlungsgebiet Niedermühlenhof, ein „Gegenmodell zur unmenschlichen Stadt“ errichtet. Baulich eine wunderbare Anlage, in deren 2000 qm großem Innenraum ein Badehaus und ein Spiel- und Tummelplatz im Zentrum standen. Wie sich die Zeiten ändern – das Badehaus ist durch das Badezimmer in der Wohnung überflüssig geworden. Dafür gibt es Einstellplätze und Grün. Was dem Rundgänger fehlt, ist der Blick in die Wohnungen. Der Leser findet ihn im Buch ausführlich in Bild und Text samt Modellmöbeln und Preis-Verzeichnis von 1915. Die Siedlungen nach 1915 sind in ihrer Schlichtheit an der Spindelstraße zu betrachten. Eine ehemalige Brauerei mit unruhiger Geschichte kann bestaunt werden, und

nach weiteren Schritten durch die Siedlungen und die ehemaligen Lutterauen an der Ravensberger Straße betritt man am Niedermühlenkamp ein ehemaliges Rittergut, das 1928 einem Jugendzentrum wich. Der „Kamp“ ist heute eine Art Denkmal der Jugendarbeit, die sich von der Vielfalt der organisierten Formen der Weimarer Republik über die Hitler-Jugend als Hausherrn bis zur offenen Tür seit den 50er Jahren entwickelte. Hier spiegelte sich auch die jeweils aktuelle Jugendkultur der letzten Jahrzehnte, was nicht ohne politische Konflikte abging. Solche Verweise in die Zeitgeschichte sind ebenso sinnfällig wie die Schilderung der Entstehung und Anlage von Wohnungen für Lungenkranke an der Schlosserstraße in den 20er Jahren. Es bleiben praktische Kritikpunkte, die an der gelungenen Konzeption des Bandes nicht kratzen. Neben den oben genannten könnte ein Register der beschriebenen Objekte für den Stadtgänger eingefügt werden,

der ohne die vorgegebene Wegführung spezielle Informationen sucht. Das Gewicht des Bandes und sein eher unhandliches Format während des Rundgangs ließen sich wohl nur durch die Aufteilung in Einzelbrochüren vermeiden.

Insgesamt handelt es sich um ein beispielhaftes, informatives Handbuch, das Bielefeld den Bielefeldern und ihren Gästen auf sinnlich ergebare Weise auch in seiner Entwicklung näherbringen kann, weil es eine Vielzahl von Einzelthemen und Stationen jeweils sinnvoll verbindet und dabei die ganze Breite der Stadtentwicklung einbezieht. Übrigens bietet die Volkshochschule die einzelnen Rundgänge als Veranstaltungen mit sachkundigen Erläuterungen an. Die persönliche Interpretation von Stationen durch MitarbeiterInnen an diesem Projekt kann im Verbund mit dem Band zur Vor- oder Nachbereitung nur empfohlen werden.

Heinrich Lakämper-Lührs

## „Soziale Revolution“ in Bünde fand nicht statt

**Norbert Sahrhage, Bünde zwischen „Machtergreifung“ und Entnazifizierung. Geschichte einer ostwestfälischen Kleinstadt von 1929 bis 1953, Bielefeld (Verlag für Regionalgeschichte) 1990, ISBN 3-927085-19-1, 366 S., zahlr. Abb., 28,- DM.**

Diese Darstellung über eine westfälische Kleinstadt ist nur eine der in den letzten Jahren erschienenen Lokalstudien zum Nationalsozialismus. Zu nennen sind die Arbeit Werner Freitag über Spenge 1900 bis 1950 und die Lemgoer Studie von Hanne und Klaus Pohlmann (aus den gleichen Verlag). Aber sie ist auch ein exemplarisch zu lesendes Kompendium der an anderen Orten noch zu leistenden Forschungs- und Darstellungsarbeit gerade in Zeiten, in denen „immer wieder an die Pflicht der Geschichtswissenschaft in ihrer Funktion als ‚politische Pädagogik‘ erinnert werden muß“, wie Sahr-

hage 1990 ohne Kenntnis menschenverachtender Tendenzen und Handlungen des Jahres 1991 betont.

Der Lehrer und Forscher Sahrhage untersucht ganz im Sinne der Sozialgeschichte die Verhältnisse und Entwicklungen in Bünde von der politischen und sozialen Struktur her, verbindet Allgemein- und Ortsgeschichte dann immer mehr und kommt schließlich auf Kernbereiche wie die Untersuchung von Handlungsspielräumen etwa der Bürgermeister oder der evangelischen Pfarrer zu sprechen (es gab sie!). Die Juden-Gemeinde gehört zu den schrecklichen Selbstverständ-

lichkeiten eines solchen Werkes. Weniger selbstverständlich ist die Frage nach Neubeginn oder Kontinuität im April 1945: Norbert Sahrhage stellt heraus, daß der Nationalsozialismus die Welt in Bünde sowohl künstlich „alt“ gehalten hat, weil er in der Zigarrenindustrie den Maschineneinsatz verhinderte als auch die alten sozialen Milieus der Stadt und des Amtes Ennigloh ver-

änderte und zum Teil für die Moderne (der Nachkriegszeit) öffnete, ohne daß wirklich die oft behauptete „soziale Revolution“ stattfand. Andere Brüche und Kontinuitäten zwischen den zwanziger und den fünfziger Jahren sind detailliert, aber keineswegs langweilig beschrieben. Ein Stück lesenswerte, weil mit Überblick geschriebene Zeitgeschichte.

**Heinrich Lakämper-Lührs**

### Personenstandsgeschichtliche Quellen

**Die Bestände des Nordrhein-Westfälischen Personenstandsarchivs Westfalen-Lippe bis 1874/75. Bearbeitet von Günther Engelbert und Ise Kötz. Zweite neu bearbeitete Auflage von Arno Schwinger unter Mitarbeit von Karin Eickmeier und Gabriele Hamann. Selbstverlag des Nordrhein-Westfälischen Staatsarchivs Detmold, 1991. 124 S.**

Die 1975 in erster Auflage herausgegebene und für jeden Familienforscher unverzichtbare Kurzübersicht der personenstandsgeschichtlichen Quellen war 1991 vergriffen. Die Neuauflage ermöglichte nun eine Berücksichtigung der in der Zwischenzeit hinzugekommenen Rückvergrößerungen von Kirchenbuchfilmen des Bistumsarchivs Münster, die als Ersatz für im zweiten Weltkrieg vernichtete Kirchenbuchduplikate dienen. Zur besseren Übersicht wurden entbehrliche Angaben weggelassen und die bisher getrennte Ausführung von evangelischen und katholischen Registern einerseits und der Juden- und Dissidentenregistern andererseits aufgehoben.

Nach Orten alphabetisch geordnet werden aufgeführt: Kirchenbuchduplikate (in der preußischen Provinz Westfalen bis zum 1. Oktober 1874, für das Land Lippe bis zum 1. Januar 1876), standesamtliche Nebenregister (für Westfalen ab 1. Oktober 1874, für Lippe ab 1. Januar 1876) bis zum

30. Juni 1938, die von 1808 bis zum Zusammenbruch 1813/14 geführten französisch-rechtlichen Zivilstandsregister sowie Juden- und Dissidentenregister.

Unverändert übernommen wurden die wertvollen Ausführungen des ehemaligen Leiters des Staatsarchivs Detmold und des Personenstandsarchivs Westfalen-Lippe Dr. Günther Engelbert zur personenstandsgeschichtlichen Überlieferung, u. a. zur Registerführung in Westfalen und in Lippe.

Benutzerhinweise, Abkürzungsverzeichnis und ein Literaturverzeichnis (Auswahl) ergänzen die in Broschurform mit nahezu unveränderter Gestaltung herausgegebene Neuauflage. Sie kann im Stadtarchiv Gütersloh, Hohenzollernstraße 30a, eingesehen oder beim Nordrhein-Westfälischen Personenstandsarchiv Westfalen-Lippe, Willi-Hofmann-Straße 2, 4930 Detmold, zum Preis von 8,00 DM bezogen werden.

**Stephan Grimm**

## Es geschah in der Stadt Gütersloh

von Dieter Knobelsdorf

### Juni 1991

- 10.000 Mark Preisgeld verteilte die Stadt mit dem Umweltpreis. Das Naturschutz-Team und Frau Hilde Höner erhielten je 3.500 für ihre Leistungen zum Schutz von Natur und Umwelt.
- Mehr als tausend Gütersloher wurden auf Tuberkulose untersucht, als ein Fall von offener Tuberkulose bei einem Arzt des Städtischen Krankenhauses auftrat. Wochen später war klar: Niemand hätte sich angesteckt.
- 700 Jahre Stadtrecht, seit 1291, feierte Güterslohs polnische Partnerstadt Grudziąz; eine Gütersloher Delegation brachte Geschenke und feierte mit.
- Für „Die Welle Gütersloh“ als Namen des neuen Freizeitentrums Ost entschied sich der Sportausschuß, der allerdings auch eine erneute Erhöhung der Kosten auf nunmehr 28,8 Millionen DM hinnehmen mußte.
- Nach privater Feier des 70. Geburtstages von Reinhard Mohr am 29. Juni fand am 1. Juli ein großes Treffen von Managern aus 30 Ländern und von Prominenten aller Art statt. Die Stadt Gütersloh gab aus Anlaß des Geburtstages ein Buch von Dr. Hans Hibk „Stiften und Schenken in Gütersloh“ heraus.

### Juli 1991

- Gegen die Mülltransporte aus dem Kreis Gütersloh auf die Pohlsche Heide in Hille bei Minden protestierten die Hille Bürger in einer Blockade.
- Nach langen, heftigen Auseinandersetzungen wählten die Mitglieder des Gütersloher Turnvereins Georg Endt zum neuen Vorsitzenden, ohne den alten Vorstand zu entlasten.
- Die Post darf den gewünschten neunzig Meter hohen Turm auf ihrem Gelände zwischen der Eckhoff- und Kökerstraße errichten. So hat endgültig das Bundesverwaltungsgericht entschieden, als es eine Revision gegen das entsprechende Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Münster nicht zuließ.
- Zwei Wahl-Gütersloher verlassen unsere Stadt: Die Gleichstellungsbeauftragte Anneliese Kruse, die zur stellvertretenden Stadtdirektorin in Gronau gewählt ist, und Franz Kieß, langjähriger Herle-Chef und stadtbekanntes Persönlichkeits. Er übernimmt eine neue Aufgabe in Thüringen.
- Eine halbe Million Rubel spendete die Aktion „Gütersloher Kinderhilfe Tschernobyl“ für konkrete materielle und medizinische Hilfe, organisiert von Edith Thumel und Franz Kieß.

### August 1991

- Gütersloher Müll-Tourismus: Gegen heftigen Widerstand des Kreises Höxter begann auf Anordnung des Regierungspräsidenten Gütersloher Mülltransport auf die Höxteraner Deponie Wehrden.
- Für langjährige kommunalpolitische Arbeit wurde Albert Tigges aus Spexard mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.
- Nun ist es amtlich: Die britische Luftwaffe wird den Flughafen Gütersloh freigeben. Sogleich erneuerte sich der Streit um die zukünftige Nutzung des Geländes: Flughafen oder nicht? – Die britische Artillerie dagegen wird in den Marsberg Barracks stationiert bleiben.
- Brandstiftung vermutete die Polizei bei einem Feuer, das die Gütersloher Jugendherberge zum großen Teil zerstörte. Nach mehreren Wochen stellte sich heraus, daß Jugendliche auf dem Dachboden gezündelt hatten.

### September 1991

- Der erste Gütersloher Müll wurde auf die Kippe Eisen im Kreis Paderborn transportiert, trotz der Proteste der Paderborner Kreistagsparteien. 140.000 Tonnen sollen es schließlich werden.
- 200.000 DM des Carl-Bertelsmann-Preises 1991 gehen an ein Bauunternehmen in Sachsen, 100.000 DM an die Schweiz wegen ihrer ausgezeichneten Wirtschaftspolitik.
- Ein Untersuchungsbericht des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe enthielt schwere Vorwürfe gegen die Betriebsleitung und Chefarzt Prof. Dörner der Westfälischen Klinik für Psychiatrie. Im Mordfall Wolfgang Lange, der nach seinem Geständnis 14 Patienten durch Spritzen getötet hatte, war keine korrekte Meldung an die vorgesetzten Behörden erfolgt.
- Seit 10.04 Uhr ist Radio Gütersloh, der erste Lokalsender für den Kreis, auf Sendung.

28. Den längsten Festzug, den Gütersloh je sah, boten die Schützen des Bundes Historischer Deutscher Schützen-schaften: 15.000 Mann und eine Reihe von Damen marschierten beim 49. Bundesfest und Königsschießen durch die Stadt.
30. Wieder einmal blühte die britische Royal Air Force einen Harrier ein: Dieser kam gar nicht erst in die Höhe und fiel in die Ems.

#### Oktober 1991

18. Ein Großprojekt zum Preis von 40 Millionen DM, ein Energiezentrum nach modernsten Erkenntnissen, stellte die Firma Mohndruck vor. Vielleicht schon 1993 beginnt die Stromerzeugung.
20. Auch in Gütersloh: Ein Brandsatz wurde auf die von Aussiedlern aus Polen und Rußland bewohnte Unterkunft in der Döppelstraße geworfen, der jedoch nicht zündete.
26. Sonja Zatkova aus Bulgarien ist Gewinnerin des Wettbewerbs „Neue Stimmen“ in der Stadthalle.
28. Neu in den Stadtrat eingeführt wurde Frau Maria Unger anstelle der ausgeschiedenen Christine Göbel (SPD). In gleicher Sitzung erhöhte der Rat Wasserpreise und Entwasserungsgebühren zum 1. Januar 1992.
31. Das Gelände der früheren Kettfabrik Fissenwert an der Neuenkirchener Straße ist nun von allen Altlasten gesäubert, teilte die beauftragte Firma mit. Für etwa 5 Millionen DM sei alles Schädliche entfernt oder chemisch zu harmlosen Stoffen verändert. Die Kritik ist allerdings noch nicht ganz verstummt. – Völlig überraschend kaufte der Kreis Gütersloh ein Gelände im Industriegebiet an der Bundesstraße 61 für die zukünftige Müllverbrennungs-anlage. Die Umstände des Kaufes erregten großes Aufsehen.

Herausgeber: Heimatverein Gütersloh e.V., 1. Vorsitzende Renate Hornmann, Händenbergstraße 7, 4830 Gütersloh, Telefon (05241) 4212. Redaktion: Gerd Holer, Schiedelbrückstraße 76, 4830 Gütersloh, Telefon (05241) 55206. Mitarbeiter dieses Heftes: Stephan Grimm, Heidewaldstraße 81, 4830 Gütersloh, Telefon (05241) 54254; Prof. Dr. Peter Steinbach, Universität Passau, Innstraße 25, 82090 Passau; Heinrich Lakämper-Löhns, Stadtmuseum, Kökerstraße 7, 4830 Gütersloh, Telefon (05241) 26685; Manfred Beine, Ahornweg 22, 4834 Hasewinkel, Dieter Knobelsdorf, Eickhoffstraße 7, 4830 Gütersloh, Telefon (05241) 29949. Zuschriften können an den Herausgeber oder an die Redaktion gerichtet werden. Für den Inhalt der Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. Für unentgeltlich eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Quellenangabe und Genehmigung des Herausgebers oder der Redaktion. Verlag: Flötmann Verlag, Postfach 1653, 4830 Gütersloh, Telefon (05241) 8606-0. Herstellung: Druckhaus Flötmann, Berliner Straße 63, 4830 Gütersloh.

**SET-WATCH**

Die Uhr mit dem Dreh-Sekundenschneider Wechsel der Armbänder. Das Set ermöglicht viele interessante Kombinationen.

**M&M UHREN** gibt es in Ihrem Fachgeschäft.

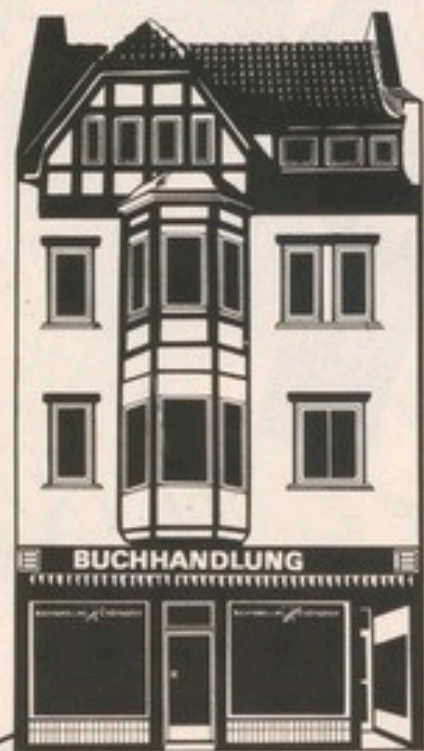
Das Geschenk-Set enthält die Set-Watch mit einem Gliederarmband und drei farbigen Lederbändern.

**DM 448,-** unverbindliche Preisempfehlung

**M&M**  
SWISS MADE

Juwelier und Feinuhmacher  
**Duda**

Gütersloh · Eickhoffstraße 20-22 · Telefon (05241) 12939  
Detmold · Bruchstraße 11 · Telefon (05231) 28333



**klaus heitmann  
buchhandlung**


Gütersloh, Berliner Str. 67, Tel. 052 41 / 27 807  
Gegenüber dem Rathaus

Ich muß noch  
schnell die  
vollen Filme zu  
Foto Ramhorst  
bringen!



**FOTO  
RAMHORST**

Strengerstraße 6 · 4830 Gütersloh · Telefon (052 41) 2 77 01



# Wir setzen Zeichen.

Am 10. Februar 1866 wurde Ludwig Flöttmann „die nachgesuchte polizeiliche Erlaubniß erteilt, in Sundern das Gewerbe eines Steindruckers unter genauer Beachtung aller dahin einschlagenden gesetzlichen Vorschriften, auch wegen der Gewerbesteuer, zu beachten.“

WIR SETZEN ZEICHEN – so lautet das Motto für die Zukunft. Das Unternehmen will Zeichen setzen für

- die Kunden durch Investitionen in aktuelle Drucktechnologie und Service
- die Mitarbeiter durch Motivation und Engagement

1 2 5 J A H R E



1 8 6 6 - 1 9 9 1

**Druckhaus Flöttmann · Flöttmann Verlag**